

Überwachung in der Simildenstraße

März 2014 in Connewitz, genauer in der Simildenstraße: eine versteckte Video-Überwachungsanlage der Polizei fliegt auf.

Sie befand sich in einer Art "konspirativen Wohnung" in einem leerstehenden Haus in der Simildenstraße, gegenüber der Gaststätte *Frau Krause*. Heute ist das Haus saniert und bewohnt, über die Mietpreise brauchen wir hier nicht zu sprechen. Die Kamera-Anlage war auf den gegenüberliegenden Straßenzug gerichtet und hatte von dort aus den Gehweg, mehrere Hauseingänge und etliche Wohnungsfenster im Blick.

Die Kamera war nur durch Zufall entdeckt worden. Sie stand versetzt im Hausinneren der ersten Etage und war von außen nicht zu erkennen. Leuchtende Dioden waren eigens abgeklebt worden. Allerdings war ein kleiner Teil des Fensters von innen gesäubert worden, um einen ungetrübten Blick nach außen zu ermöglichen. So wurden Menschen darauf aufmerksam und machten die Anlage unbrauchbar. Die umfangreiche technische Ausstattung lässt den Schluss zu, dass die schwenkbare Kamera sowohl an einem Festplattenrecorder angeschlossen war, als auch über eine LTE-Mobilfunk-Verbindung angesteuert werden konnte.

Später stellte sich heraus, dass die Kamera im Rahmen eines Verfahren nach § 129 (kriminelle Vereinigung) gegen 14 Beschuldigte, installiert wurde. Fast drei Jahre wurden im großen Stil die Beschuldigten überwacht. Zahlreiche weitere Personen wurden danach informiert, dass im Zuge des Ermittlungsverfahrens ihr Kommunikationsverkehr teils wiederholt aufgezeichnet, gespeichert und ausgewertet wurde. Grundlage dafür waren eine Reihe von Telekommunikationsüberwachungen, die sich gegen vormalige Beschuldigte richteten. Dabei fielen, so viel ist klar, in erheblichem Umfang auch Daten außenstehender Personen an, sogenannte "Drittbetroffene", darunter befanden sich auch Gespräche mit Anwalt*innen, Ärzt*innen und anderen Berufsheimlichkeitsgeheimnisträger*innen. Das Verfahren wurde 2016 ergebnislos eingestellt. Zu Anklagen ist es nie gekommen. Folgen hatte das rechtswidrige Verhalten der Behörden bis heute nicht. Im Gegenteil, das LKA Sachsen scheint sich bis heute aus dem gescheiterten Verfahren zu bedienen und immer wieder Menschen aus den

damaligen Ermittlungen mit Repression zu überziehen. Währenddessen haben die Betroffenen bis heute zum Teil keine komplette Akteneinsicht gewährt bekommen. Auch vor Gerichten wurden noch nicht einmal alle Klagen von Betroffenen gegen die Repression bearbeitet.

Eine lustige Folge hatte die aufgeflogene Kamera in Connewitz in der Simildenstraße, knapp zwei Monate später. Im Mai 2014 flog eine weitere Kamera in Plagwitz in der Gießerstraße auf, die ebenfalls von aufmerksamen Menschen unbrauchbar gemacht wurde. Später gab die Polizei kleinlaut bekannt, dass in jener Zeit 3 Video-Anlagen in Leipzig verwendet wurden, wovon sie zwei an aufmerksame Bewohner*innen verloren hatte. Ihr seht, es lohnt sich die eigene Umgebung aufmerksam im Blick zu behalten.

Schon ein Jahr vorher, im Mai 2013, wurde auf Indymedia über Repression berichtet. Unter der Überschrift: "*Peilsender am Auto und Observation von AktivistInnen*" war folgendes zu erfahren:

Unter einem Auto in Leipzig ist vor wenigen Tagen ein Peilsender gefunden worden. Aufgefallen ist dies nur zufällig während einer Werkstatt-Durchsicht. Unklar ist, wann das Gerät angebracht worden war – und warum. Offenbar versucht die Polizei verstärkt, linke Strukturen auszuforschen.

Bei dem mit Magneten an der Fahrzeugunterseite befestigten Gerät, genauer an der hinteren Stoßstange im Hohlraum, handelt es sich um ein so genanntes "GPRSPack", das mit Hilfe einer speziellen Telekom-SIM-Karte Standort-Daten übermittelt. Das Gerät wird offenbar ausschließlich von Bundes- und Landesbehörden verwendet.

In letzter Zeit sind gehäuft mehreren verdeckte Ermittlungsmaßnahmen im Leipziger Süden aufgefallen: So inspizierten Beamte Klingelschilder bei Adressen, an denen GenossInnen wohnen. Zudem wurden politisch aktive Menschen observiert. In der vergangenen Woche beobachtete dann ein mit zwei Personen besetzter schwarzer Audi-Kombi, L-HU-8333, einen Straßenzug in Connewitz.

Das Observations-Fahrzeug war übrigens auf einem Parkplatz postiert, an den das Gelände des Subkultur-Zentrums "Zoro" angrenzt. Es sind also mit Sicherheit auch etliche kulturell interessierte Personen in den Blickfeld der Fahnder geraten.

Der Einsatz von Peilsendern ist keineswegs ungewöhnlich. Erst im April 2013 war bekannt geworden, dass Staatsschutz in Schleswig-Holstein das Auto einer Antifaschistin in Lübeck

verwanzte. Dumm nur, dass sich die Polizisten dabei erwischen ließen und in der TAZ darüber berichtet wurde. Im Jahr 2007 kriminalisierte das BKA die Proteste gegen den G8-Gipfel und setzte auch dabei ein Ortungsgerät ein. Auch angeblichen Mitgliedern der "militanten gruppe" wurde mittels Peilsendern nachgestellt.

Dass viele solcher Maßnahmen selbst illegal waren, hält die Behörden keineswegs auf. Von zufälligen Funden abgesehen, erfahren die meisten Betroffenen ohnehin nie, dass solche Mittel gegen sie eingesetzt werden. Das passiert recht häufig: Mitte 2011 haben HackerInnen einen Server von Bundespolizei und Zoll geknackt und Datensätze zu 240 Tracking-Geräten erbeutet. Ihrer Bezeichnung nach waren davon einige Geräte in Sachsen im Einsatz. Die Auswertung der gespeicherten GPS-Daten zeigte, dass seinerzeit auch ein Fahrzeug im Leipziger Süden "verwanzt" war.

Wer einen Peilsender bei sich findet, muss übrigens davon ausgehen, BeschuldigteR eines aktuellen Ermittlungsverfahrens zu sein. Der Einsatz solcher Überwachungstechnik durch die Polizei setzt jedenfalls das Vorliegen "erheblicher Straftaten" voraus.

Beachtet aber auch, dass es abgesehen von Handy- und Kfz-Ortung mit technischer Hilfe ebenso gängig ist, den Innenraum von Pkws zu belauschen. Im Zweifelsfalle genügt es nicht, das Handy zuhause zu lassen.

Sollten euch noch Sachen auffallen (Polizeiobservationen) oder ihr Post von der Polizei erhaltet, dann meldet euch bitte unbedingt beim EA oder der Roten Hilfe Leipzig.

Was tun? in dem Indymedia-Artikel hieß es dazu weiter:

So nicht! Wichtige Gegenmaßnahmen

Alle politisch engagierten Menschen sollten diese Ermittlungen ernst und sofort zum Anlass nehmen, geschlossen und solidarisch für den Schutz linker Strukturen einzutreten. JedeR kann dazu beitragen, Repressionsmaßnahmen ins Leere laufen zu lassen:

- Beteiligt euch nicht an Spekulationen, weist Gerüchte und Bezeichnungen zurück. Wenn es im hier beschriebenen Fall etwas Neues gibt, werden wir öffentlich darüber informieren. Verzichtet bitte auch auf unnötige Kommentare, insbesondere auch in sozialen Netzwerken: Die gezielte "Internetauswertung" gehört zum Polizeigeschäft.

- Haltet Wohnungen sauber und informiert euch, was bei Hausdurchsuchungen zu beachten ist.
- Kontrolliert die Fahrzeuge, die ihr nutzt. Achtet insbesondere auf die Radkästen und Stoßstangen.
- Verschlüsselt eure Computer und überlegt euch, ob es nicht besser ist, öfter mal aufs Handy zu verzichten. Sie lassen sich abhören und, ähnlich einem Peilsender, zur Ortung verwenden.
- Wir labern nicht mit den Bullen. Vorladungen der Polizei werden ausnahmslos ignoriert, Aussageverweigerung ist euer Recht.
- Geht nicht auf Anquatschversuche ein, sondern macht sie sofort öffentlich. Entgegen einer weit verbreiteten Fehlannahme setzen auch Polizei und LKA im Freistaat Informant*innen ein und werben "Vertrauenspersonen", also V-Leute, an.
- Kein falsches Zutrauen bei Staatsschutz-Journalisten: Die oft als "alternativ" missverstandene "Leipziger Internet-Zeitung" – namentlich ihr Redakteur Martin Schöler alias Patrick Limbach – hat in der jüngsten Zeit wiederholt versucht, bestimmte Gruppen explizit mit illegalen Aktionen in Verbindung zu bringen. Offenbar wurden, nachdem die Polizei einen LeserInnen-Kommentar mit einem "BekennerInnen-Schreiben" verwechselte, freiwillig IP-Daten rausgerückt. Wer solchen Medien zuarbeitet, schadet den Betroffenen!

Ihr seht an diesen zwei Beispielen, umfangreiche Überwachungsmaßnahmen und Repression, waren in Connewitz auch schon vor 8 Jahren ein Thema mit dem sich die Bewohner*innen auseinandersetzen mussten. Zum Verfahren nach §129, welches 2016 endete hieß es damals:

Das Ermittlungsverfahren, dem einige Personen über lange Zeit direkt ausgesetzt waren, zielte nicht auf Einzelne, sondern auf die linke und antifaschistische Bewegung. Die Ermittlungen waren politisch motiviert, sie galten euren und unseren FreundInnen und GenossInnen, den Aktiven in vielen Projekten. Gemeint sind wir alle, und daher ist Repression keine Privatsache.

Leider wurden in der Vergangenheit wiederholt Repressionsmaßnahmen verschiedener Art weder durch Betroffene öffentlich, noch überhaupt dem EA oder der Roten Hilfe bekannt gemacht. Das

widerspricht dem Prinzip solidarischer Politik und schadet der kollektiven Auseinandersetzung mit staatlichen Zwangsapparaten. Die aktuelle Situation ist dagegen einmal mehr ein Anlass, eigene Verhaltensweisen zu überdenken, sei es am Telefon, im Internet, in der Bezugsgruppe oder vor dem Späti.

Wir haben dem nichts hinzu zu fügen.

Von: Friends of Indymedia